

Decker, Frank: Baustellen der Demokratie. Von Stuttgart 21 bis zur Corona-Krise. Bonn: Verlag J.H.W. Dietz 2021, 320 Seiten, € 24,00.



Der Band des Bonner Politikwissenschaftlers Frank Decker ist keine einheitliche Monografie zum Zustand der Demokratie in Deutschland. Stattdessen findet sich eine Zusammenstellung von Kommentaren und Essays aus den vergangenen Jahren, die teilweise auch (noch) nicht veröffentlicht wurden. Wer sich angesichts des Titels eine Einführung oder gar eine Art Lehrbuch zum Thema erhofft haben sollte, wird zunächst einmal enttäuscht sein. Die Lektüre lohnt sich aber dennoch, weil der Autor in vielen seiner Beiträge kluge und kenntnisreiche Analysen zum Umfeld der politischen Partizipation in Deutschland vorgelegt und sich dabei immer wieder kritisch und konstruktiv mit Reformvorschlägen beschäftigt.

Die meisten der insgesamt 58 Beiträge konzentrieren sich in den beiden ersten Abschnitten zur Verfassungs- und Demokratiepoltik sowie zu Parteien und Parteiensystem. Ein Leitthema seiner Analysen ist das Funktionieren der repräsentativen Demokratie und mögliche Ergänzungen durch Elemente der direkten Demokratie. Letzteres sieht er grundsätzlich eher skeptisch, was er unter anderem am Verlauf der Diskussion um Stuttgart 21 verdeutlicht, auch wenn er in seinem Beitrag (allerdings aus dem Jahr 2012) das

Mediationsverfahren als Vorbild für künftige Entscheidungen präsentiert.

Deutlicher wird die Skepsis in einem Beitrag aus dem Jahr 2017 (S. 58 ff.), in dem er fordert, von der Idee einer Volksgesetzgebung auf Bundesebene ebenso Abstand zu nehmen wie von der von der SPD eingebrachten Idee eines „volksbegehrten Referendums“. Andere Beiträge behandeln Reformvorschläge für das Wahlrecht zum Bundestag, wo er die Reduzierung der Wahlkreismandate als wichtigsten Schritt anregt. Eigene Akzente setzt Decker vor allem mit der Diskussion der Direktwahl der Ministerpräsidenten (auch hier überwiegt die Skepsis) und der Abschaffung der geheimen Wahl derselben in den Landesparlamenten, die er befürwortet. Eine Zusammenlegung von Wahlterminen findet seine Unterstützung nicht zuletzt wegen der dabei erhofften Steigerung der Wahlbeteiligung. Eine Amtszeitbegrenzung für den Bundeskanzler hält er nicht für sinnvoll.

Beim Parteiensystem gilt seine Aufmerksamkeit auch dem Rechtspopulismus, dessen Schwäche er in einem Artikel aus dem Jahr 2021 nicht zuletzt der damals relativ staken Linken zuschrieb, die auf die identitätspolitischen Themen aus dieser Richtung zurückgriff (S. 125). Der großen Koalition bescheinigt er Handlungsfähigkeit – allerdings nur als Not- und Übergangslösung (S. 154), vermutet aber dennoch im September 2013, dass diese Konstellation der heimliche Wunsch von Angela Merkel sei (die damals noch mit der FDP regierte, S. 141). Bessere Chancen für die SPD versprach er sich 2015 durch eine Koalition der Union mit den Grünen, wobei seine heimliche Sympathie für ein solches Bündnis auch an anderen Stellen deutlich wird. Lagerübergreifende Koalitionen sah er schon

vor einigen Jahren als mögliches Szenario, insbesondere vor dem Hintergrund des Aufstiegs der AfD, vor der er, auch vor dem Hintergrund der Entwicklungen in Österreich, deutlich warnte.

Der SPD empfahl er kurz nach der vorletzten Bundestagswahl, die Kernklientel der „kleinen Leute“ nicht zu vernachlässigen (S. 185), was sie bei der letzten Wahl wohl stärker berücksichtigt hat. Den Grünen riet er im Sommer 2020, nicht der Parteilogik, sondern der Wählerlogik zu folgen und Robert Habeck zum Kanzlerkandidaten zu machen (S. 205) – der folgende Sieg der Parteilogik hatte tiefgreifende Konsequenzen. Die Ampelkoalition sah er im Oktober 2020 als realistische und sinnvolle Möglichkeit. Insgesamt habe sich die Achse des Parteiensystems wieder nach links bewegt (S. 221), die Bundestagswahl 2021 war für ihn aber Ende 2020 völlig offen. Im Mai 2021 erwartete er schon eine Ampelkoalition und einen Machtverlust der Union (S. 230), wobei er gleichzeitig mit dem Bedeutungsverlust der Ränder rechnete. Den Versuch der Union, im September 2021 eine Wiederauflage einer „Rote-Socken-Kampagne“ zu starten, sah er als völlig wirkungslos.

Im kürzeren dritten Abschnitt finden sich einige Artikel zu Europa und der europäischen Union, wobei er zumeist die Erfolge nationalistischer und populistischer Parteien diskutiert. Für die Europawahlen plädiert er für die Einführung eines europaweiten Verhältniswahlsystems mit moderater Sperrklausel. Im noch kürzeren vierten Teil werden der Zustand und die Probleme der politischen Bildung und des Faches Politikwissenschaft thematisiert.

Insgesamt ein lesenswerter Band, auch wenn manche der Beiträge nicht mehr aktuell sind. In vielen Artikeln fin-

den sich kluge Analysen, scharfsinnige Argumentationen und nützliche Anregungen. Genau das sollte die Politikwissenschaft häufiger bieten.

DR. GERHARD HIRSCHER,
HANNIS-SEIDEL-STIFTUNG, MÜNCHEN



Eberl, Ulrich: *Unsere Überlebensformel*. München: Piper-Verlag, 2022, 416 Seiten, € 24,00.

Dem Biophysiker und Wissenschaftsautor Ulrich Eberl, der seit 35 Jahren Zukunftstrends und innovative Technologien erforscht, ist es in seinem jüngsten Werk gelungen, differenziert aufzuzeigen, mit welchen Maßnahmen dem Klimawandel und anderen globalen Krisen wie der Welternährung und der Müllproblematik zu Leibe gerückt werden kann.

Ausgangspunkt seiner Betrachtungen ist die vor genau 50 Jahren veröffentlichte Studie „Die Grenzen des Wachstums“, die im Auftrag des „Club of Rome“ publiziert wurde. War diese Studie noch davon geprägt, dass der Menschheit im 21. Jahrhundert ein Kollaps prophezeit wurde, so will Eberl mit seinem Buch Mut machen.

Allerdings schätzt auch er die Ausgangslage als kritisch ein, da sich seit 1970 die Weltbevölkerung mehr als ver-